

Klappentext

Das US/NATO-Gericht, vor dem Slobodan Milosevic angeklagt ist, war schon immer völlig illegal. Es konnte nie ernsthaft als Institution der Rechtsprechung bezeichnet werden. Milosevics Verteidigung ist kraftvoll, überzeugend, beweiskräftig und unmöglich zu ignorieren.

Harold Pinter, Literaturnobelpreisträger 2005

Der von der NATO angekündigte „Prozess der Prozesse“ gegen den ehemaligen Präsidenten Jugoslawiens, ihres Aggressionsopfers, ist von einem Schau- zu einem Geheimprozess geworden. Die Ursachen werden schlagartig deutlich, wenn man die von der Mehrzahl der Medien unterschlagene Eröffnungserklärung Slobodan Milosevics zum Auftakt seiner Verteidigung liest, die unwiderlegbare Beweise und sensationelle Fakten zur Rolle der USA, Deutschlands und anderer NATO-Staaten bei der Zerschlagung des jugoslawischen Vielvölkerstaates enthalten. Die Wahrheit kann man entstellen oder verschweigen, zu besiegen ist sie nicht.

Ralph Hartmann, ehem. Botschafter der DDR in Jugoslawien

Wer nicht bereit ist, den Krieg der NATO gegen Ex-Jugoslawien einer Prüfung durch das Gericht zu unterziehen, hat keine Legitimation, den Gegner in Gestalt seines Präsidenten Milosevic vor Gericht zu stellen, da es seine Unabhängigkeit nicht nachweisen kann.

Prof. Dr. Norman Paech, MdB,

Außenpolitischer Sprecher der Linkspartei im Bundestag

Vorwort

Damit nicht die Aggressoren die Geschichte schreiben

Dieses Buch geben wir heraus, um die Verteidigungsrede von Slobodan Milosevic am 31.8. und 1.9.2004 beim so genannten „Internationalen Tribunal für Kriegsverbrechen im früheren Jugoslawien“ in Den Haag überhaupt zugänglich zu machen. Nicht, dass sie gänzlich unter Verschluss gewesen wäre, im serbokroatischen Original wie in der englischen Übersetzung des „Tribunals“ ist sie prinzipiell verfügbar. Es besteht nur seitens der meinungsbildenden Medien kein Interesse, den Inhalt zur Kenntnis zu nehmen oder gar bekannt zu machen.

So kommt es, dass eine deutsche Übersetzung des Textes bis dato nicht vorlag, keine Zeitschrift und keine Bildungsinstitution befand es der Mühe wert, eine andere Sicht als die NATO-amtliche auch nur zur Kenntnis zu bringen. Folglich mussten die Herausgeber der vorliegenden Dokumentation diese Übersetzung ins Deutsche, mit eigenen, ehrenamtlichen Kräften selbst besorgen. Angesichts

einer im Vorhinein als „Jahrhundertprozess“ apostrophierten Veranstaltung ein bemerkenswerter Sachverhalt.

Mit der Publikation verfolgen wir die Absicht, das Geschehen in Den Haag publik zu machen und das „Gesetz des Schweigens“ zu durchbrechen, dem sich die meisten Medien seit Jahren, kurz nach Verhandlungsbeginn und von wenigen Ausnahmen abgesehen, bis heute unterworfen haben. Damit soll zumindest im Prinzip die Monopolstellung in Frage gestellt werden, die sich die NATO mit ihrer Sicht der Dinge, ihrer Version der Geschichtsschreibung anmaßt.

Die Nichtöffentlichkeit, die von den Mainstream-Medien hergestellt wird, ohne von einer Obrigkeit erzwungen zu sein, hat nicht nur mit den Mechanismen eines Mediengeschäfts zu tun, das auf Events und Idole, Seichtigkeit und Sinnfreiheit sowie die Verfütterung inhaltsleerer Infohäppchen ausgerichtet ist. An einigen zentralen Punkten erfüllen die meinungsbildenden Medien eben auch die Funktion, den Konsens der Öffentlichkeit mit bestimmten politischen Überzeugungen und Bedürfnissen der Herrschaft herzustellen oder zu bewahren.

Zu den zentralen Glaubensartikeln der Herrschaft in Deutschland gehört, dass „deutsche Außenpolitik Friedenspolitik“ sei, was im Falle divergierender Interessen mit den USA durch, zumindest offizielle, Nichtbeteiligung an einem Krieg wie im Irak etwas leichter zu beweisen ist, als im Falle übereinstimmender Interessen wie bei der NATO-Aggression gegen Jugoslawien 1999. Auch wenn ein Bundeskanzler Schröder am Abend des ersten Kriegstages im Fernsehen beteuerte „wir führen keinen Krieg.“

Damit das Mantra von der „deutschen Friedenspolitik“ weiter seine Dienste tut, bedarf es der merkwürdigen Mischung aus Vergessen dieses speziellen Sündenfalls, aber, falls die Erinnerung doch mal hochkommt, zumindest der Gewissheit, für eine „gute Sache“ marschiert zu sein. Sozusagen eine Mischung aus Formierung und Chloroformierung von Verstand und Bewusstsein. Der „ethische“ oder „Menschenrechts-Imperialismus“ wurde Anfang des 20. Jahrhunderts zu diesem Zweck erfunden.

Während bei kontroversen imperialistischen Interessen die nichtvorhandenen „Massenvernichtungswaffen von Saddam Hussein“ alsbald von Regierungssprechern wie Medienleuten als Kriegsvorwand enttarnt sind, ist dies beim „Massaker von Racak“ - für den damaligen Außenminister Joseph Fischer der „Wendepunkt“ - bis heute nicht ins Bewusstsein gedrungen. Obwohl es, rein faktisch, ebenso als Kriegs-Zwecklüge enttarnt ist, als gemeinsame Erfindung deutscher und US-amerikanischer Kriegstreiber.

Die Lüge vom „gerechten Krieg“ wird gerne geglaubt, zumindest solange sich die Zahl der „eigenen“ Opfer in Grenzen hält. Der im Falle der Irak-Aggression nachgeschobene Ersatz Kriegsgrund vom segensreichen „Regime Change“ verliert in dem Maße an Plausibilität, wie der irakische Widerstand die Opferzahl

unter den Aggressoren in die Höhe treibt. Beim Bombardement Jugoslawiens blieben die Aggressoren weitgehend unverwundbar in ihren hochfliegenden Kampfmaschinen, sodass ein wichtiger Grund für Proteste an der „Heimatfront“ entfiel.

Hinter den behaupteten Menschenrechten als Interventionsgrund ging es auch in Jugoslawien um Unterwerfung unter die „Neue Weltordnung“, nachdem sich Serbien und Jugoslawien unter Slobodan Milosevic renitent gegenüber den Diktaten von Weltbank und Weltwährungsfond zeigten. „Regime Change“ und „Nation-Building“ in militärisch niedergeworfenen Ländern bedeutet die Errichtung eines politischen Systems, das mit dem Westen kooperiert. In Jugoslawien ist zu besichtigen, wie das Land in Folge unter der Vorherrschaft von USA und Deutschland wirtschaftlich, sozial und kulturell verwüstet wurde.

Das „gemeinschaftliche kriminelle Unternehmen“, dessen Slobodan Milosevic in Den Haag bezichtigt wird, besteht aus seiner Sicht in der Zerschlagung des souveränen Jugoslawiens, eines Gründungsstaates der Vereinten Nationen, wozu sich die Westmächte nach ihrem „Sieg im Kalten Krieg“ verschworen haben, um selbst bescheidenste Ansätze zu einer alternativen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gegenüber ihrem geheiligten Kapitalismus im Keim zu ersticken. Es handelte sich um einen Krieg zur Zerstörung Jugoslawiens, wobei die Tragik darin besteht, dass der Imperialismus durch Entfesselung von ethnischem und religiösem Hass willige heimische Stellvertreter-Krieger fand.

Die „humanitären“ Beweggründe der Aggressoren wurden nach Ende der Bombardierungen deutlich, als die USA als eine der Kolonialmächte im Kosovo einrückte und südlich von Pristina den größten US-Militärstützpunkt im Ausland seit dem Vietnamkrieg errichtete. Dieses Camp Bondsteel liegt exakt an der Pipeline-Route auf der das Kaspische Öl vom Schwarzen Meer zu den albanischen Mittelmeerhäfen transportiert werden soll. Praktischerweise konnte auf dem Gelände gleich noch ein Außenlager des KZ Guantánamo installiert werden.

Mit dem neuen strategischen NATO-Konzept von 1999 wurde die Aggression gegen Jugoslawien zum „Türöffnerkrieg“, zum entscheidenden Präzedenzfall für die Missachtung des absoluten Gewaltverbots des Völkerrechts. Auf dem Balkan wurde die neue Strategie der selektiven Aufhebung der Staatensouveränität und des Selbstbestimmungsrechts der Völker vorexerziert, seitdem häufen sich die völkerrechtswidrigen Aggressionen.

Wir sprechen bei der Haager Veranstaltung von einem so genannten „Tribunal“ und schreiben es in Anführungszeichen, weil wir - wie Slobodan Milosevic - seine Legitimität und Legalität bestreiten. Das „Tribunal“ wurde vom Weltsicherheitsrat unter Bruch seiner eigenen UN-Charta installiert. Anders als reguläre UN-Organe wird es nicht ausschließlich aus dem UN-Haushalt bezahlt, sondern überwiegend von den Aggressorstaaten sowie einigen ihrer Rüstungs- und Medienkonzerne.

Die Anklage gegen Slobodan Milosevic in Den Haag wurde auf dem Höhepunkt des mörderischen Bombardements erhoben, kurz nachdem ein Mordanschlag der NATO auf den jugoslawischen Präsidenten durch Bombardierung seines Hauses gescheitert war. Die Anklageerhebung erfolgte nach Abstimmung der damaligen „Chefanklägerin“ Louise Arbour in einer „Klausurtagung“ mit der kriegführenden Außenministerin Madeleine Albright, aus Tribunalskreisen als „Mutter des Tribunals“ verehrt. Überdeutliches Motiv war, der offenkundig völkerrechtswidrigen Aggression der NATO eine Legitimation zu verleihen, zugleich die wachsende öffentliche Kritik an diesem Krieg zum Schweigen zu bringen.

Slobodan Milosevic soll als Symbol des Widerstandes gegen die neue Weltkriegsordnung exemplarisch in einem Schauprozess abgeurteilt werden - zur nachträglichen Heiligung der Kriegsverbrechen der NATO, und als warnendes Beispiel zur Abschreckung aller „Unwilligen“, Dissidenten und Abweichler, die nicht Vasallen der neuen Weltordner sein wollen. Er ist zum ersten politischen Gefangenen der so genannten „Globalisierung“ der kapitalistischen Ausbeutung geworden.

Das Problem der öffentlichen Legitimation des Aggressionskrieges 1999 hat sich für die Kriegsherren durch Schaffung neuer Kriegsschauplätze schon weitgehend erledigt. Darüber hinaus war und ist es das Auftreten und die Argumentation des Hauptangeklagten Slobodan Milosevic, welche die ursprünglich geplante Verwendung des Tribunals zur Befestigung der NATO-Kriegspropaganda-Thesen unmöglich gemacht hat. Die Zeugen der „Anklage“ konnten entweder als präparierte Lügner überführt werden, waren Agenten westlicher Geheimdienste oder von der NATO und ihren Mitgliedsstaaten entsandte Kriegspropagandisten, ein Zeuge war zur „Vorbereitung“ auf eine anklagegefällige Aussage gar gefoltert worden. Dass neben vielen anderen der frühere russische Premier Ryschkow, der englische Bosnien-Vermittler Lord Owen oder die finnische Forensikerin Helena Ranta zugunsten von Milosevic aussagten, dringt gar nicht erst an die Öffentlichkeit.

Die Situation ist für die Haager Veranstalter so ungemütlich geworden, dass sie offensichtlich nach Exit-Strategien suchen, wobei auch Varianten des „kurzen Prozesses“ eine Rolle zu spielen scheinen. Die jahrelange offenkundige Missachtung ärztlicher Gutachten und Empfehlungen für den an Herz- und Kreislaufkrankung leidenden Milosevic, das Vorenthalten adäquater medizinischer Behandlung und Überwachung sowie die Erzeugung von permanentem Zeitdruck und Stress sprechen eine deutliche Sprache.

Für seine „Verteidigung“ wird ihm nur die Hälfte der Zeit zugestanden, die der Anklage zur Verfügung stand. Während diese über einen riesigen Apparat mit Geheimdienstzuarbeitern in den NATO-Staaten verfügt, erhält Slobodan Milosevic nicht einen Euro zur Finanzierung der Verteidigung, nicht einmal einen

Computer oder Internetzugang. Stattdessen schicken NATO-Regierungen ihre Finanzbehörden aus, um Unterlagen, Computer und Gelder zu konfiszieren, die von ehrenamtlichen Kräften für die Unterstützung der Verteidigung eingesetzt werden. Dass die „Waffengleichheit vor Gericht“ ein elementarer, für die Rechtsstaatlichkeit konstitutiver Grundsatz ist, schert beim Haager Sondergericht keinen.

Für die Friedensbewegung stellt sich in dieser Situation die Aufgabe, Aufklärung dahingehend zu leisten, dass das „Tribunal“ nicht mit einer Institution des Rechts verwechselt wird, seine Völkerrechtswidrigkeit zu thematisieren, und seinen politischen Charakter als Instrument der Fortsetzung der NATO-Aggression ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Dieses völkerrechtswidrige Sondergericht ist keine Institution des Rechts, sondern eine Kolonialbehörde zur permanenten Erpressung des in Stücke geschlagenen ehemaligen Jugoslawiens. Wie Eckart Spoo so trefflich formulierte: „Recht im alten und wiederbelebten imperialistischen Sinne ist einzig dazu da, Widerstand zu brechen.“

Nicht von ungefähr plant die „Internationale Gemeinschaft“, wie sich die neuen Weltordner in aller Unbescheidenheit nennen, dass die „Regelung des Kosovo-Status“ in die Endphase der Haager Schauprozesse fallen soll. Wie die „Regelung“ aussehen soll, verkündet das bewährte Kriegstreiber-Organ Frankfurter Allgemeine Zeitung am 15. Dezember 2005: „Im Kosovo stößt sich die Realität mit dem Völkerrecht“. Während ein Kabarettist den Überschriftenredakteur beneiden mag, wird hier kaltblütig der nächste Völkerrechtsbruch vorbereitet, indem die von UN-Charta wie KSZE-Schlussakte garantierte Souveränität und territoriale Integrität Jugoslawiens zerstört wird.

In derselben Dezember-Woche wurde ein neuer oberster Kolonialbeamter für das Protektorat Bosnien ernannt: Als Nachfolger des britischen Geheimdienstmannes Paddy Ashdown in Sarajevo tritt Christian Schwarz-Schilling an. Diesem in der Wolle gefärbten antiserbischen Rassisten, der in den 1990er Jahren „Bomben auf Serbien!“ immer schon einige Jahre früher forderte, als sie dann fielen, wurde in der Bundestagsdebatte der Auftrag auf den Weg gegeben, „Dayton zu überwinden“. Es handelt sich zwar bloß um das Friedensabkommen, das für Bosnien-Herzegowina geschlossen wurde, aber wo etwas der unumschränkten Herrschaft im Wege steht, wurden schon ganz andere Verträge gebrochen.

Für künftige Kämpfe gegen die imperialistischen Kriege ist es unerlässlich, den Widerstand gegen diese kolonialistischen Kräfte beharrlich und konsequent fortzusetzen. Gegen kriegerische Aggression und ihre Fortsetzung in Form von Besatzung und Unterwerfung der betroffenen Länder sowie des Ausverkaufs ihres Volksvermögens und ihrer Ressourcen an transnationale Konzerne muss Protest und Widerstand organisiert werden: Auf dem Balkan, in Afghanistan, im Irak und in Palästina. Die Besatzer haben kein Recht, irgendwelche „Strafverfahren“ gegen führende Politiker der von ihnen unterworfenen Länder und kolonisierten Territorien durchzuführen.

Deshalb bleiben wir dabei: die Forderung nach Abschaffung des Haager „Tribunals“ der Kriegsverbrecher und nach Freiheit für Slobodan Milosevic sowie alle politischen Gefangenen der NATO ist unverzichtbares Element des Kampfes für Frieden und eine andere Weltordnung.

Im Januar 2006
Klaus Hartmann

Vizepräsident und Vorsitzender des Vorstandes des Internationalen Komitees
für die Verteidigung von Slobodan Milosevic
Bundesvorsitzender des Deutschen Freidenker- Verbandes
Vizepräsident der Weltunion der Freidenker